

1 **Beschluss: Konsequenz in der europäisch-chinesischen Außenpolitik**

2 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 3 • die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, auf alle
- 4 Mitgliedsstaaten der EU hinzuwirken, um bilaterale Gipfel und Abkommen zu
- 5 verhindern;
- 6 • die punktuelle Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzip der Europäische Union
- 7 im Bereich der Außenpolitik;
- 8 • eine Überarbeitung und Vertiefung des EU-China-Investitionsabkommen, um
- 9 die Chancengerechtigkeit für ausländische Investoren zu verbessern;
- 10 • die Europäische Union auf, sich in den Bereichen der Schlüsselindustrien
- 11 unabhängig von China aufzustellen.
- 12 • die territoriale Integrität anderer Staaten in der Region zu gewährleisten.
- 13 • die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität anderer Staaten in der Region
- 14 zu gewährleisten und Minderheiten in China zu schützen.
- 15 • Menschenrechtsverletzungen in China durch außenpolitische Konsequenzen
- 16 seitens der EU gegenüber China entgegenzuwirken.
- 17 • Verurteilung Chinas des Genozids an Uiguren.

18 **Begründung:**

19 Die Beziehungen der Europäischen Union und der Volksrepublik China sind vielfältig
20 und komplex. Für die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind sie
21 Herausforderung und Chance zugleich. Einerseits sind die Beziehungen von
22 Kooperation und gegenseitigem Respekt geprägt. Dazu gehören die intensiven
23 Handelsbeziehungen sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel.
24 Zudem ist der kulturelle und universitäre Austausch ein Gewinn für beide Seiten.

25 Andererseits ist anzuerkennen, dass es sich bei der Volksrepublik China um einen
26 „systematischen Rivalen“ handelt. Dem europäisch-chinesischen Verhältnis liegt ein
27 grundlegend unterschiedliches Verständnis der Bedeutung individueller
28 Freiheitsrechte und humanitärer Grundsätze zugrunde. Diese Unterschiede führen zu
29 einem Wettbewerb der Systeme. China unter der Führung der Chinesischen
30 Kommunistischen Partei (CCP) ist eine Herausforderung für die liberalen,
31 demokratischen Strukturen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten

32 geworden. Ziel der Europäischen Union sollte es sein, in Zusammenarbeit mit anderen
33 Staaten, die die freiheitlich-demokratischen Grundwerte anerkennen, – insbesondere
34 mit den Vereinigten Staaten – ein Gegengewicht zu China zu bilden.

35 China hat seine Anstrengungen intensiviert, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu
36 nehmen. Teil dieser Strategie ist es, verschiedene Mitgliedsstaaten individuell zu
37 beeinflussen und diesen Einfluss gezielt einzusetzen, indem beispielsweise
38 strategischer Entscheidungen blockiert werden. Deswegen sind Formate wie der China-
39 Mittel-Ost-Europa-Gipfel (17+1-Gipfel) oder die Partnerschaft Italiens mit der ‚One
40 Belt, One Road‘-Initiative unangemessen. Der Einfluss auf einzelne Mitgliedsstaaten
41 der europäischen Union lässt sich anschließend im Einzelfall ausnutzen. Das ist
42 inakzeptabel. Ergebnis sind mehrfache Vetos – u.a. aus Ungarn und Griechenland, wo
43 China den Hafen von Piräus gekauft hat – gegen eine Kritik der Europäischen Union an
44 Chinas Außenpolitik und dem Umgang mit Menschenrechten. In diesem
45 Zusammenhang ist es auch notwendig, das Einstimmigkeitsprinzip punktuell im Bereich
46 der Außenpolitik abzuschaffen.

47 Darüber hinaus sind europäische und chinesische Unternehmen Wettbewerber.
48 Während die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ausländischen Investoren und
49 Marktteilnehmern auch aus China umfangreiche Möglichkeiten bieten, sind
50 europäische Unternehmen in China noch immer strukturell benachteiligt. Dazu gehören
51 Beschränkungen im Bereich von Auslandsinvestitionen in China. Zwar hat das kürzlich
52 abgeschlossene EU-China-Investitionsabkommen Verbesserungen herbeigeführt.
53 Diese sind aber nicht ausreichend. Ausländische Investitionsmöglichkeiten sowie der
54 Schutz intellektuellen Eigentums in China müssen weiter verbessert werden, um gleiche
55 Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen. Des Weiteren muss der Schutz europäischer
56 Investitionen in China, wie es anfänglich im EU-China-Investitionsabkommen
57 vorgesehen war, in Zukunft gewährleistet werden.

58 Für die Europäische Union ergeben sich folgende Herausforderungen:

59 Die Mitgliedsstaaten dürfen sich nicht in verschiedenen Gruppen gegeneinander
60 ausspielen lassen. Dazu gehört, dass verschiedene chinesische Initiativen, die darauf
61 abzielen, gezielt mit einigen wenigen Mitgliedsstaaten themenspezifisch zu
62 verhandeln, abgelehnt werden müssen.

63 **Chinesische Versuche, beispielsweise in der Corona-Pandemie durch gezielte**
64 **Hilfsmaßnahmen an ausgewählte Länder Missmut zu sähen, sind zu verurteilen.**
65 **Vielmehr muss die Europäische Union zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten dafür**
66 **sorgen, zukünftig ihre Versorgungsabhängigkeit in Schlüsselbereichen zu vermindern.**
67 **Dazu gehören insbesondere die Gesundheits- und die Energieversorgung sowie der**
68 **Informations- und der Kommunikationssektor. Die Sicherheit und Integrität dieser**
69 **Schlüsselindustrien liegen im elementaren Interesse der Europäischen Union.**

70 **Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die Europäische Union muss die Behandlung**
71 **von Minderheiten und politischen Dissidenten in China konsequent verurteilen. In**
72 **Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker muss hierbei auch die**
73 **Unabhängigkeit Taiwans sowie die Rechte der Sonderverwaltungszone Hongkong in**
74 **den Vordergrund gerückt werden.**

75